

MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

23. Jahrgang	Ausgegeben zu Düsseldorf am 9. November 1970	Nummer 177
---------------------	---	-------------------

Inhalt

I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Glied.- Nr.	Datum	Titel	Seite
20322	20. 10. 1970	RdErl. d. Finanzministers Nebenvergütung für außergewöhnliche Dienstleistungen	1858
2322	23. 9. 1970	Bek. d. Innenministers Bautechnische Prüfung von Bauvorhaben	1858
2370	30. 10. 1970	RdErl. d. Innenministers Förderung des sozialen Wohnungsbaues; Zins- und Auszahlungsbedingungen für durch Annuitätshilfen zu verbilligende Bankdarlehen	1864
2373		Berichtigung zum RdErl. d. Innenministers v. 26. 8. 1970 (MBL. NW. S. 1728; SMBL. NW. 2373) Erläuterungen und Weisungen zum Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht	1858
2375	18. 9. 1970	RdErl. d. Innenministers Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden	1858

II.

Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

Datum		Seite
	Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei	
22. 10. 1970	Bek. — Ungültigkeit konsularischer Ausweise	1859
23. 10. 1970	Bek. — Ungültigkeit eines konsularischen Ausweises	1859
26. 10. 1970	Bek. — Königlich Belgisches Generalkonsulat, Düsseldorf	1859
	Personalveränderungen	
	Innenminister	1859
	Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	1860
	Landtag Nordrhein-Westfalen	
	Verhandlungspunkte und Beschlüsse 5. Plenarsitzung — 20. Oktober 1970	1862
	Hinweise	
	Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen	
	Nr. 93 v. 19. 10. 1970	1863
	Nr. 94 v. 20. 10. 1970	1863
	Nr. 95 v. 21. 10. 1970	1863
	Nr. 96 v. 26. 10. 1970	1863

I.

20322

Nebenvergütung für außergewöhnliche Dienstleistungen

RdErl. d. Finanzministers v. 20. 10. 1970 —
B 2201 — IV A 3

Mein RdErl. v. 24. 1. 1962 (MBL NW. 20322) wird mit Wirkung v. 1. Oktober 1970 wie folgt geändert:

Nummer 4 erhält folgende Fassung:

Als Vergütungen können je Stunde gewährt werden

- a) für Hausarbeiten auf Dienstgrundstücken:
der auf eine Stunde entfallende Anteil des Monats-
tabellenlohns der Lohngruppe II MTL;
- b) für die Bedienung von Sammelheizungsanlagen:
der auf eine Stunde entfallende Anteil des Monats-
tabellenlohns der Lohngruppe IV MTL.

Ortslohnklassen und Dienstzeitstufen sind zu berücksichtigen. Zuschläge für Mehrarbeit und Überstunden, für Sonntags-, Feiertags- und Nachtarbeit sind nicht zu zahlen. Der Divisor für die Ermittlung des Stundenlohns beträgt bis zum 31. 12. 1970 187 und vom 1. Januar 1971 an 183.

Im Einvernehmen mit dem Innenminister.

— MBL NW. 1970 S. 1858.

2322

Bautechnische Prüfung von Bauvorhaben

Bek. d. Innenministers v. 23. 9. 1970 —
V B 1 — 2.630 Nr. 72 70

Die statische Prüfstelle des Technischen Überwachungs-Vereins Rheinland e. V., Köln, wird nach § 2 Abs. 2 — PrüfungVO — vom 19. Juli 1962 (GV. NW. S. 470), zuletzt geändert durch Verordnung vom 24. Mai 1969 (GV. NW. S. 281), — SGV. NW. 232 — als Prüfstelle für Baustatik anerkannt.

Sein Aufgabenbereich erstreckt sich auf die statische Prüfung fliegender Bauten (§ 93 BauO NW).

In Nummer 2 des RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 18. 6. 1963 (SMBl. NW. 2322) ist unter neuer Nummer 2.3 aufzunehmen:

Prüfstelle für Statik des Technischen Überwachungs-Vereins Rheinland e. V., Köln, Lucasstraße 90
für die Prüfung von fliegenden Bauten (§ 93 BauO NW).

— MBL NW. 1970 S. 1858.

2373

Berichtigung

zum RdErl. d. Innenministers v. 26. 8. 1970
(MBL NW. S. 1728 / SMBl. NW. 2373)

Erläuterungen und Weisungen zum Wohnungsgemeinnützigkeitsrecht

Nummer 25.2 muß richtig lauten:

„Der RdErl. d. Ministers für Landesplanung, Wohnungsbau und öffentliche Arbeiten v. 14. 1. 1964 (SMBl. NW. 2373) — Teil II: Neufassung allgemeiner Verwaltungsvorschriften zur Durchführung des WGG — wird hiermit aufgehoben.“

— MBL NW. 1970 S. 1858.

2375

Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden

RdErl. d. Innenministers v. 18. 9. 1970 —
VI C 2 — 4.052 — 2093 70

Der RdErl. v. 5. 8. 1966 (SMBl. NW. 2375) wird wie folgt geändert:

- 1 In Nummer 2 erhält Abs. 1 folgende Fassung:
Darlehen aus Bundeshaushaltsmitteln für die Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden
Die für diese Maßnahme vom Bund bereitgestellten Mittel werden über die Länder geleitet. Die hierfür vom Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen erlassenen „Richtlinien für die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden“ i. d. F. v. 26. 8. 1970 werden in der Anlage 2 bekanntgegeben. Anlage
- 2 Die Anlage 2 wird durch nachstehende Fassung ersetzt:

Anlage 2

zum RdErl. v. 5. 8. 1966
— III A 6 — 4.052 — 3650 66

Richtlinien

für die Gewährung von Darlehen zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden i. d. F. vom 26. August 1970

Die Bundeshaushaltsmittel für Darlehen zur Förderung der Instandsetzung und Modernisierung von Wohngebäuden sind von den für das Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesen zuständigen obersten Landesbehörden nach folgenden Bestimmungen einzusetzen:

I.

1. Die Mittel sind zur Durchführung von Instandsetzungs- und Modernisierungsmaßnahmen an erhaltungswürdigen Wohngebäuden bestimmt, die vor dem 21. Juni 1948 bezugsfertig geworden sind.
Wohngebäude, die in einem im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Sanierungsgebiet liegen, dürfen nur in Abstimmung mit dem zuständigen Planungsamt gefördert werden.
Schönheitsreparaturen dürfen nur insoweit mitgefördert werden, als sie durch Instandsetzungs- oder Modernisierungsmaßnahmen bedingt sind.
Für Wohngebäude, die bereits mit Darlehen der öffentlichen Hand oder mit (durch die öffentliche Hand) verbilligten Kapitalmarktkrediten gefördert wurden oder werden, ist eine Förderung auf Grund dieser Richtlinien nur noch in Höhe der Differenz zwischen den Darlehenshöchstätzen gemäß Abschnitt II Ziffer 3 und den bereits gewährten Darlehen (verbilligten Kapitalmarktkrediten) zulässig.
2. Die Gesamtfinanzierung der Instandsetzungs- und Modernisierungsarbeiten muß sichergestellt sein.
3. Ein Rechtsanspruch auf die Bewilligung eines Darlehens besteht nicht.
4. Darlehen können nur im Rahmen verfügbarer Mittel bewilligt werden.

II.

1. Die Mittel sind nur für den Personenkreis mit einem Einkommen im Sinne des § 25 II. WoBauG bestimmt.
2. Die Darlehen sind mit 1,5 % jährlich zu verzinsen und innerhalb von 15 Jahren zu tilgen. Neben den Zinsen darf ein laufender Verwaltungskostenbeitrag bis zu 0,5 % jährlich vom Ursprungsdarlehen erhoben werden. Für die Bearbeitung des Darlehensantrages darf ein einmaliger Verwaltungskostenbeitrag bis zu 1 % des Darlehens gefordert werden.

3. Die Darlehen dürfen
- | | |
|--|------------|
| a) bei Einfamilienhäusern | 8 000,— DM |
| b) bei Zweifamilienhäusern | 9 000,— DM |
| c) bei Mehrfamilienhäusern
je Wohnung | 3 500,— DM |
- nicht übersteigen.

Je Antragsteller dürfen dabei insgesamt höchstens Darlehen bis zu 30 000,— DM gewährt werden.

4. Darlehen, die 1 500,— DM übersteigen, sollen an bereiteter Stelle grundbuchlich, kleinere Darlehen anderweitig ausreichend gesichert werden.
5. Der Bundesminister für Städtebau und Wohnungswesen ist berechtigt, die Verwendung der Mittel zu prüfen oder durch einen Beauftragten prüfen zu lassen. Die gleichen Rechte stehen dem Bundesrechnungshof zu. Die Länder sind verpflichtet, bei der Weitergabe der Mittel diese Rechte des Bundesministers für Städtebau und Wohnungswesen und des Bundesrechnungshofes auch gegenüber den Darlehensnehmern und Darlehensgebern auszubedingen.

III.

Die Richtlinien i. d. F. vom 26. August 1970 gelten für die ab Rechnungsjahr 1970 bereitgestellten Bundesmittel. Für früher zur Verfügung gestellte Bundesmittel behalten die Richtlinien alter Fassungen ihre Gültigkeit.

— MBl. NW. 1970 S. 1858.

II.

Ministerpräsident — Chef der Staatskanzlei

Ungültigkeit konsularischer Ausweise

Bek. d. Ministerpräsidenten — Chef der Staatskanzlei
v. 22. 10. 1970 — P A 2 — 417 — 1 66

Die am 27. April 1967 von dem Ministerpräsidenten des Landes NW ausgestellten Ausweise für Mitglieder des Konsularkorps Nr. 1688 und 1689 für Mark Ashley Fisher und Timothy James Fisher, Söhne des früheren Königlich Britischen Generalkonsuls John Mortimer Fisher, sind in Verlust geraten. Die Ausweise werden hiermit für ungültig erklärt. Sollten sie gefunden werden, wird gebeten, sie der Staatskanzlei des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

— MBl. NW. 1970 S. 1859.

Ungültigkeit eines konsularischen Ausweises

Bek. d. Ministerpräsidenten — Chef der Staatskanzlei
v. 23. 10. 1970 — P A 2 — 444 — 2 59

Der am 22. Januar 1965 von dem Ministerpräsidenten des Landes NW ausgestellte Ausweis für Mitglieder des Konsularkorps Nr. 1398 für Herrn Dr. Rudolf Mauser, ehemaliger Portugiesischer Wahlkonsul in Köln, ist in Verlust geraten. Der Ausweis wird hiermit für ungültig erklärt. Sollte er gefunden werden, wird gebeten, ihn der Staatskanzlei des Landes NW in Düsseldorf zuzuleiten.

— MBl. NW. 1970 S. 1859.

Königlich Belgisches Generalkonsulat, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten — Chef der Staatskanzlei
v. 26. 10. 1970 — P A 2 — 404 — 3 70

Die Bundesregierung hat dem zum Königlich Belgischen Generalkonsul in Düsseldorf ernannten Herrn Dr. Robert Six am 16. Oktober 1970 die vorläufige Zulassung erteilt.

Der Amtsbezirk des Generalkonsulats umfaßt das Land Nordrhein-Westfalen.

Das dem bisherigen Generalkonsul, Herrn Albert Serruys, am 8. Dezember 1966 erteilte Exequatur ist erloschen.

— MBl. NW. 1970 S. 1859.

Personalveränderungen

Innenminister

Ministerium

Es sind ernannt worden:

Leitender Kriminaldirektor Dr. O. Wenzky
zum Landeskriminaldirektor

Oberregierungsrat Dipl.-Kaufmann D. Bischoff
zum Regierungsdirektor

Es ist in den Ruhestand getreten:

Leitender Ministerialrat A. Vitt

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Regierungspräsident — Aachen —

Oberregierungs- und -vermessungsrat J. Armbrorst
zum Regierungsvermessungsdirektor

Regierungsassessor W. Schulz
zum Regierungsrat

Regierungsoberratsrat H. Peruche
zum Regierungsrat

Regierungspräsident — Arnsberg —

Regierungsrat K. Bückler
zum Oberregierungsrat

Regierungsassessor W. von der Groeben
zum Regierungsrat

Regierungspräsident — Detmold —

Regierungsvermessungsdirektor P. Bellinghausen
zum Leitenden Regierungsvermessungsdirektor

Oberregierungs- und -vermessungsrat H. Watermann
zum Regierungsvermessungsdirektor

Oberregierungsrat Dr. F. Drewes
zum Regierungsdirektor

Regierungsassessor L. Krimphove
zum Regierungsrat

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Regierungsrat Dr. D. vom Rath
zum Oberregierungsrat

Regierungsassessoren

E. Dahnke,
G. Heix,
Dr. W. Kenneweg,
Dr. D. König,
Dr. D. Plewe,
Dr. G. Spitzl,
F. Troendle

zu Regierungsräten

Regierungsoberratsrat H. Schild
zum Regierungsrat

Regierungspräsident — Köln —

Leitender Regierungsdirektor G. Wend
zum Abteilungsdirektor

Regierungsrat Dr. K. Lange von Stocmeier
zum Oberregierungsrat

Regierungsassessoren

H. Bönninghaus,
F. Däberitz,
Dr. E.-L. Holtmeier,

J. Jilek,
H. Kuck,
R. Schulze

zu Regierungsräten

Regierungsoberratsrat H. Rabe
zum Regierungsrat

Regierungspräsident — Münster —

Regierungsassessor K. W a g n e r
zum Regierungsrat

Regierungschemierat z. A. W. C z i r w i t z k y
zum Regierungschemierat

Landesrentenbehörde

Oberregierungsmedizinalrat Dr. P. M a t t h i e s e n
zum Regierungsmedizinaldirektor

Regierungsrat W. E d l e r
zum Oberregierungsrat

Regierungsmedizinalrätin z. A. Dr. R. D r i e s e
zur Regierungsmedizinalrätin

Landesamt für Besoldung und Versorgung Nordrhein-Westfalen

Regierungsräte
G. S i e c k e n ,
U. Z i n s e r
zu Oberregierungsräten

Landesbaubehörde Ruhr

Oberregierungs- und -baurat E. B e h n e s
zum Regierungsbaudirektor

Regierungsbaurat W. A h n e r
zum Regierungs- und Baurat

Landesvermessungsamt Nordrhein-Westfalen

Regierungsvermessungsdirektor O. V a h l e n s i e c k
zum Leitenden Regierungsvermessungsdirektor

Oberregierungs- und -vermessungsräte
F.-K. B e c k e r s ,
U. P e s c h
zu Regierungsvermessungsdirektoren

Es sind versetzt worden:

Regierungspräsident — Arnsberg —

Oberregierungsrat Dr. C. W i n t e r zum Regierungspräsidenten in Düsseldorf

Regierungsrat H. N o r d m a n n zum Minister für Bundesangelegenheiten

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Regierungsvizepräsident Dr. H. M i t t e l s t a e d t zum Kultusminister

Regierungspräsident — Münster —

Oberregierungsrat W. W i t a s c h e k zum Innenminister
Regierungsrat K. W a g n e r zum Minister für Wissenschaft und Forschung

Es sind in den Ruhestand getreten:

Regierungspräsident — Detmold —

Leitender Regierungsvermessungsdirektor P. B e l l i n g -
h a u s e n

Regierungspräsident — Köln —

Regierungsdirektor Dr. P. K l e i n

Landeskriminalamt

Oberregierungsrätin Dr. A. R a u

Es sind entlassen worden:

Regierungspräsident — Düsseldorf —

Regierungsrat Dr. H. B l e c h s c h m i d t wegen Ernennung zum Amtsbeigeordneten des Amtes Angerland

Regierungsrat Dr. St. G r ü t e r wegen Ernennung zum Ersten Beigeordneten der Stadt Meerbusch

Regierungspräsident — Köln —

Regierungsdirektor Dr. W. K i w i t wegen Ernennung zum Kreisverwaltungsdirektor des Rhein-Sieg-Kreises

Es sind verstorben:

Regierungspräsident — Köln —

Regierungsbranddirektor Dr. W. T r i p p e l

Regierungspräsident — Münster —

Leitender Regierungsdirektor D. E n k e l m a n n

— MBL. NW. 1970 S. 1859.

Minister für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr**Ministerium**

Es sind ernannt worden:

Ministerialrat E. R e i c h e
zum Leitenden Ministerialrat

Die Regierungsdirektoren

Dr. H. E i c h h ö f e r

Dr. H.-G. G e l b e r g

Dr. Th. M e u s e r

N. M o s e l e r

Dr. H. R o e w e r

Dr. H. H. S c h n e i d e r

H. S c h u m a n n

zu Ministerialräten

Die Bergdirektoren

C. v o n d e n B r i n c k e n

W. W e n z

zu Ministerialräten

Die Oberregierungsräte

R. F r a n k

K. M o o s

K.-E. T h i e l

zu Regierungsdirektoren

Oberbergat H. B e r g

zum Bergdirektor

Oberregierungsbaurat H. G. W e l l e r

zum Regierungsbaudirektor

Regierungsrat H. P r a n g e r

zum Oberregierungsrat

Nachgeordnete Behörden

Es sind ernannt worden:

Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Präsident eines Oberbergamtes A. C o e n d e r s
zum Präsidenten des Landesoberbergamtes

Bergdirektor L. K l e i n e
zum Leitenden Bergdirektor

Bergvermessungsdirektor H. E i c k e l k a m p
zum Leitenden Bergvermessungsdirektor

Die Oberberggräte

Dr. W. S t ö r m a n n

J. F i e d l e r

M. G a n s e n

F. K a i s e r

Dr. O. K n i t t e r s c h e i d

W. K o w a l s k y

W. H a a r m a n n

H. S c h e l t e r

W. S c h ö t t e l n d r e i e r

G. S t r a k e r j a h n

H.-J. W e b e r

zu Bergdirektoren

Bergassessor H.-J. v o n B a r d e l e b e n
zum Bergat

Die Bergvermessungsassessoren
K.-H. Kunert
H. H. Lieneke
zu Bergvermessungsräten

Bergamt Hamm

Oberbergat F. Menneking
zum Bergdirektor

Bergamt Siegen

Oberbergat K. Necker
zum Bergdirektor

Bergamt Dinslaken

Bergat H. Czech
zum Oberbergat

Landeseichdirektion Nordrhein-Westfalen in Köln

Regierungseichdirektor K. Mosig
zum Leitenden Regierungseichdirektor

Die Regierungseichräte

G. Franke

J. Rüsing

zu Oberregierungs- und -eichräten

Geologisches Landesamt Nordrhein-Westfalen in Krefeld

Leitender Geologiedirektor Dr. U. Rein
zum Vizepräsidenten des Geologischen Landesamtes

Die Geologiedirektoren

Dr. H. Maas

Dr. H. W. Quitzow

Dr. G. von der Brölie

Prof. Dr. K. Fricke

Dr. R. Wolters

zu Leitenden Geologiedirektoren

Oberlandesgeologe Dr. P. Michéau
zum Geologiedirektor

Die Geologieräte z. A.

J. Gliese

Dr. H. Hager

zu Geologieräten

Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Die Regiergungsdirektoren

Dr. F. Kuhn

Dr. H. Schmeken

zu Leitenden Regiergungsdirektoren

Oberregiergungsrat Dr.-Ing. W. Westhoff
zum Regiergungsdirektor

Die Regiergungsräte

H. Lottermoser

Dr. S. Müller

zu Oberregiergungsräten

Es sind versetzt worden:

Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Oberbergat Dr.-Ing. A. Hoschützky an das Bundesministerium des Innern

Bergamt Düren

Oberbergat W.-D. Bohnstedt an das Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

Bergamt Marl

Oberbergat G. Strakerjahn an das Landesoberbergamt in Dortmund

Bergamt Bottrop

Bergat W. Meyer an das Landesbauamt Lübeck

Es sind in den Ruhestand getreten:

Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Leitender Bergdirektor H.-J. Moeller

Bergvermessungsdirektor O. Richter

Bergamt Hamm

Bergdirektor Dr.-Ing. R. Meyer

Staatliches Materialprüfungsamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Regierungsdirektor K. Meyer

Es ist ausgeschieden:

Landesoberbergamt Nordrhein-Westfalen in Dortmund

Bergat M. Plate

Landtag Nordrhein-Westfalen

— 7. Wahlperiode —

Verhandlungspunkte und Beschlüsse**5. Plenarsitzung**

20. Oktober 1970

Mitteilung

Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Handel mit Giften (Giftverordnung) vom 27. Juli 1970 (GV. NW. S. 649)

Gemäß § 29 Abs. 3 Satz 1 des Ordnungsbehördengesetzes vom 16. Oktober 1956 (GV. NW. S. 155) zur Kenntnis genommen.

Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Handel mit giftigen Pflanzenschutzmitteln vom 27. Juli 1970 (GV. NW. S. 653)

1. Fragestunde

— Drucksache 7:110 —

Die Mündlichen Anfragen wurden wie folgt beantwortet:

1 — Innenminister

2 — Minister für Wissenschaft und Forschung in Vertretung des Kultusministers

3 — Minister für Wissenschaft und Forschung in Vertretung des Kultusministers

1 a. Ergänzung des § 16 der Geschäftsordnung des Landtags

Antrag der Abg. Dr. Lange, Maas und Mader
— Drucksache 7:124 —

Der Antrag wurde abgelehnt.

2. Festlegung der Zahl der Mitglieder der Ausschüsse

Antrag der Fraktionen der CDU, SPD und FDP
— Drucksache 7:114 —

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

3. Entwurf eines Gesetzes über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für die Rechnungsjahre 1971 und 1972 (Haushaltsgesetz 1971/1972)

Gesetzentwurf der Landesregierung
— Drucksache 7:50 —

Der Gesetzentwurf und die mittelfristige Finanzplanung wurden von Herrn Finanzminister Wertz eingebracht.

1. Lesung (Einbringung)**in Verbindung damit:**

Mittelfristige Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 1970 bis 1974

Vorlage der Landesregierung
— Drucksache 7:101 —

4. Entwurf eines Gesetzes zur Regelung des Finanz- und Lastenausgleichs mit den Gemeinden und Gemeindeverbänden für die Rechnungsjahre 1971 und 1972 (Finanzausgleichsgesetz 1971/1972 — FAG 1971/72)

Gesetzentwurf der Landesregierung
— Drucksache 7:51 —

Da der Herr Finanzminister die wesentlichen Daten des Finanzausgleichsgesetzes bei der Einbringung des Haushalts 1971/1972 vorgetragen hat, erklärte sich der Landtag mit dem Vorschlag des Herrn Innenministers einverstanden, daß seine Einbringungsrede zu Protokoll gegeben wird.

1. Lesung (Einbringung)**5. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Sportwettengesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung
— Drucksache 7:92 —

Der Gesetzentwurf wurde einstimmig an den Ausschuß für Innere Verwaltung überwiesen.

1. Lesung

Hinweise

Inhalt des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen

Nr. 93 v. 19. 10. 1970

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
232	29. 9. 1970	Verordnung über Signalbauten der Landesvermessung	708
311	30. 9. 1970	Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Bildung gemeinsamer Amtsgerichte für Konkursachen	708
	1. 10. 1970	Bekanntmachung betreffend den Vorsitz in der Vertreterversammlung und im Vorstand der Landesversicherungsanstalt Westfalen	708

— MBl. NW. 1970 S. 1863.

Nr. 94 v. 20. 10. 1970

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
232	24. 9. 1970	Verordnung über die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Stadt Bad Salzuflen, Kreis Lemgo	710
790	19. 9. 1970	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse	710

— MBl. NW. 1970 S. 1863.

Nr. 95 v. 21. 10. 1970

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
20303	5. 10. 1970	Vierte Verordnung zur Änderung der Verordnung über den Erholungsurlaub der Beamten und Richter im Lande Nordrhein-Westfalen	714
785	5. 10. 1970	Verordnung NW PR Nr. 3/70 zur Änderung der Landesmilchpreisverordnung	715

— MBl. NW. 1970 S. 1863.

Nr. 96 v. 26. 10. 1970

(Einzelpreis dieser Nummer 0,70 DM zuzügl. Portokosten)

Glied.- Nr.	Datum		Seite
20320	6. 9. 1970	Verordnung zur Übertragung besoldungsrechtlicher Zuständigkeiten des Ministers für Wissenschaft und Forschung	718
20321	12. 10. 1970	Neunte Verordnung zur Änderung der Unterhaltzuschußverordnung	718
232	24. 9. 1970	Verordnung über die Übertragung der Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde auf die Gemeinde Hennef, Rhein-Sieg-Kreis	719
764		Berichtigung der Verordnung über den Betrieb und die Geschäfte der Sparkassen (Sparkassenverordnung — SpkVO —) vom 1. September 1970 (GV. NW. S. 692)	719
7824	13. 10. 1970	Dritte Verordnung zur Änderung der Verordnung über Körtstellen	719

— MBl. NW. 1970 S. 1863.

I.

2370

Förderung des sozialen Wohnungsbaues
Zins- und Auszahlungsbedingungen für durch Annuitätshilfen zu verbilligende Bankdarlehen

RdErl. d. Innenministers v. 30. 10. 1970 —
 VI A 1 — 4.03 — 3883:70

Gemäß Nummer 5 Abs. 2 bis 4 AnhB 1967 werden bis auf weiteres die Zins- und Auszahlungsbedingungen für Darlehen, die durch Annuitätshilfen verbilligt werden können, wie folgt festgesetzt:

- a) bei einem vereinbarten Zinssatz von 7,5 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 93 vom Hundert betragen;
- b) bei einem vereinbarten Zinssatz von 7,75 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 94 vom Hundert betragen;
- c) bei einem vereinbarten Zinssatz von 8 vom Hundert des Ursprungskapitals jährlich (einschließlich Verwaltungskostenbeitrag) muß der Auszahlungskurs mindestens 95 vom Hundert betragen.

Dieser RdErl. tritt am 1. 11. 1970 in Kraft. Gleichzeitig tritt der RdErl. v. 30. 1. 1970 — (MBl. NW. S. 368 / SMBl. NW. 2370) außer Kraft.

— MBl. NW. 1970 S. 1864.

Einzelpreis dieser Nummer 0,90 DM

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, Düsseldorf, gegen Voreinsendung des Betrages zuzügl. Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 85 16 oder auf das Girokonto 35 415 bei der Westdeutschen Landesbank, Girozentrale Düsseldorf. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf; Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Ministerialblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert.

Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,80 DM, Ausgabe B 17,— DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5 % Mehrwertsteuer.